

Corona-Tests für Urlauber werden zur Pflicht

Pandemie Bayern will auch an Bahnhöfen und Grenzübergängen kontrollieren

Von Uli Bachmeier und Tim Frehler

München Wer in einem Risikogebiet war und in den kommenden Wochen aus dem Urlaub zurückkehrt, muss sich – zumindest an den Flughäfen – auf verpflichtende Corona-Tests einstellen. Nicht nur Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) drängte auf eine Pflicht, sich testen zu lassen. An den Flughäfen München und Nürnberg treffe die Staatsregierung dafür schon die organisatorischen Vorbereitungen, hieß es am Montagmorgen. Am späten Nachmittag schließlich rang sich Bundesgesundheitsminister Jens Spahn durch: Er werde eine Testpflicht anordnen. „Wir müssen verhindern, dass Reiserückkehrer unbemerkt andere anstecken und so neue Infektionsketten auslösen“, sagte der CDU-Politiker. Die Tests sollen für die Reisenden kostenfrei sein. Grundlage der Testpflicht ist eine Regelung des Infektionsschutzgesetzes. Sie bezieht sich auf eine epidemische Lage von nationaler Tragweite, die der Bundestag für Corona festgestellt hatte. Bayern will sogar noch einen Schritt weiter gehen: Markus Söder kündigte an, dass der Freistaat an den großen Autobahn-Grenzübergängen zu Österreich (Kiefersfelden, Walsertal und Pocking) sowie an den Hauptbahnhöfen München und Nürnberg Teststationen einrichten werde.

Urlaubsrückkehrer sollen sich dort zunächst freiwillig testen lassen können. Ministerpräsident Söder begründete den Schritt mit der Sorge, dass sich das Coronavirus über „viele Mini-Ischgl“ in Deutschland neu verbreiten könnte. Ausbrüche wie der auf einem Gemüsehof im niederbayerischen Mamming seien „eingrenzbar“. Dennoch gibt es mittlerweile Reisebeschränkungen für die Bewohner des Landkreises.

Söder warnte: „Corona kommt schleichend zurück, aber leider mit aller Macht.“ Daher sei es wichtig darauf zu achten, dass aus wenigen Fällen nicht eine zweite Infektionswelle werde. Das Risiko, das von Urlaubsrückkehrern ausgehe, sei „breit gestreut“.

In Bayern stößt Söders Politik auf ein gemischtes Echo. Die SPD-Gesundheitspolitikerin Ruth Waldmann begrüßte die Pläne, forderte aber zügigeres Handeln als zuletzt: „Zwischen Ankündigung und Umsetzung darf keine Zeit vergeudet werden.“ Der gesundheitspolitische Sprecher der FDP im Landtag, Dominik Spitzer, nannte die Strategie der Staatsregierung unausgereift: „Ein Einmaltest auf Covid-19 nach der Rückkehr aus dem Urlaub ist zu wenig, da er nicht den möglichen Infektionszeitpunkt während der letzten Ferientage abdeckt.“

Fraglich ist auch: Reicht der Blick auf die Risikogebiete? Zumindest der Münchner Infektiologe Christoph Spinner ist skeptisch. „Ein Teil der Infektionen scheint importiert zu sein“, erklärt Spinner. Und zwar aus Regionen, die nicht als Risikogebiet gelten. Urlaubsorte wie St. Wolfgang in Oberösterreich, wo sich dutzende Mitarbeiter von Tourismusbetrieben mit dem Coronavirus infiziert haben, zählen nicht dazu – fast die gesamte EU gilt nicht als Corona-Risikogebiet. Reisetopps fordern will der Mediziner aber nicht. Schließlich bestehe auch in Deutschland die Möglichkeit, sich zu infizieren. „Und wenn sich alle an der Nord- oder Ostsee tummeln, ist das die gleiche Gefahr. „Je mehr wir reisen, desto höher ist das Importrisiko“, so Spinner.

Entsprechend groß ist die Nervosität. „Von dem, was wir in den letzten Tagen erlebt haben mit zum Teil über 800 Fällen am Tag, müssen wir wieder in eine Situation kommen, wo wir deutlich unter 500 liegen“, sagte Kanzleramtsminister Helge Braun. Wenn man jetzt zu einem höheren Grundlevel komme, dann werde es im Herbst umso schwieriger, die Situation im Griff zu behalten.